

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 18.

Paderborn, 10. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden für die **Monate Februar und März** noch angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins 2c.

Deutschland. Berlin (Mobbertus; Wahlcandidaten; Gesetzentwurf über die Grundsteuer; Jacobi's zweimalige Wahl; Reorganisation der Bürgerwehr; Arretirung eines mit Kugeln beladenen Wagens; die „Entküllungen;“) Frankfurt (die neue österreichische Note; Erklärung der darmstädtischen Regierung;) Hamm (die Wahlen;) Stettin (die Wahlen; drei Dampfschiffe zum Kriegsdienst ausgerüstet;) Hamburg (Die Meyer'sche Waffenfabrik; Beschäftigung der Kriegsflothe;) Wien (Krawall; die Plakate;) Kremsier (der Reichstag.)

Frankreich. Paris (die Ruhe wieder hergestellt; die Radikalen; innere Gährung.)

Italien. Neapel (der Erzbischof von Gumbrai in Gaeta angekommen; 1500 Spahier in Gaeta gelandet; General Latour.)

Vermischtes.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

Fortsetzung.

Versuchen wir nun dem Inhalte der Verfassungs-Urkunde näher zu treten. Der König hat sich im Patente vom 5. Dezember 1848 dahin ausgesprochen, daß er sie ertheilt habe

um das Volk sogleich der von demselben ersehnten Segnungen der verheißenen constitutionellen Freiheit theilhaftig werden zu lassen,

und das Staatsministerium bezeichnet dieselbe in seinem veröffentlichten Berichte an den König vom selben Tage

als eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist.

Wir können und müssen diesen feierlichen Erklärungen und Zusicherungen beitreten, wir müssen anerkennen, daß dieses erhabene Werk die Fülle constitutioneller Freiheit enthält, und daß dasselbe, dazu bei gesegneter Durchführung der vorbehaltenen Revision, die wahre Volksfreiheit stärken und befestigen wird.

Was zuerst den wichtigsten Abschnitt:

I. über die Gesetzgebung

anbelangt, so haben wir zu erwägen, daß wir bis zur Märzrevolution in einer unbeschränkten Monarchie gelebt haben, in welcher die gesetzgebende Gewalt beim Könige allein gewesen ist, und dann müssen wir bekennen, daß uns die Verfassung in diesem Abschnitte den alt bewährten constitutionellen Staaten, wie England und Belgien, nicht bloß an die Seite, sondern denselben noch voran gestellt hat. In diesen Abschnitte fallen der ganze Titel V und Theile vom Titel III und IV der Verfassung, deren Inhalt um es in Kürze vorweg zu nehmen darin besteht, daß der König nicht mehr allein die Gesetze geben kann, sondern daß dazu der übereinstimmende freie Willensbeschluß des Königs und des übrigen Volkes gehört. Und zwar übt das Volk sein Recht aus durch seine in zwei Kammern frei gewählten Vertreter, der König aber durch seine frei gewählten, ihm und den Kammern verantwortlichen Minister.

Der Artikel 61 legt dem Könige, so wie jeder Kammer das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen und bestimmt ferner: Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Revision nicht wieder vorgebracht werden.

Nach der französischen oktroyirten Constitution von 1814 sollte nur dem Könige allein die Initiative, d. h. das Recht, Gesetze

zur Berathung einzubringen, zustehen. Die Kammern konnten nur bitten um die Einbringung eines Gesetzes. Dies bestand bis 1830, wo auch die Kammern sich die Initiative beileigten. Im ersten Theile unsers Artikels ist dies sofort für die preussische Kammer bestimmt.

So scheinbar groß dieses Recht der Kammern Gesetzworschläge einbringen zu können auch ist, so ist dasselbe in der Wirklichkeit doch nicht von sonderlicher Bedeutung, wie nachher beregt werden wird. Es ist jedoch eine Ehrensache, daß den Kammern dies Recht gebühre, die Ehre ist aber die Lebenslust für alle Gewalten, und das Edelste ihrer Existenz. Die Gleichberechtigung der Gewalten setzt bei denselben weit weniger gleiche Wirksamkeit und Wirkungskreise voraus, als gleiche Ehrenhöhe. Diese ist hier in unsern Kammern gesichert. —

Der zweite Theil des Artikels ist eine Vorsichtsmaßregel gegen unnütze Behelligungen und Zeitvergeudung durch eigensinnige Volksvertreter oder Minister; sie findet auch bei republikanischer Verfassung Anwendung.

Der Artikel 60 lautet:

„Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

„Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.“

Der erste Abschnitt dieses Artikels versteht sich so sehr von selbst, daß darüber etwas weiteres nicht zu sagen ist. Selbst der Präsident der Republik hat seinen Antheil an der Gesetzgebung, und dem praktischen Leben nach, den hauptsächlichsten, insofern als er durch seine Minister die vom Staatsrathe vorbereiteten Gesetzentwürfe den Kammern vorlegt. Es ist nämlich nach der Erfahrung aller Zeiten etwas sehr Schweres um die Schöpfung eines guten mangellosen Gesetzes; und es ist daher überall eine weise parlamentarische Sitte, daß die Kammermitglieder ihre eigenen Anträge zurückziehen, sobald das Ministerium in dieselben eintritt, und sich bereit erklärt, einen besondern Gesetzentwurf einzubringen.

In diesem Abschnitte steckt also nichts spezifisch Monarchisches, es wäre denn daß, wie die Radikalen behaupten, das Zweikammersystem dafür gehalten werden müßte. Das ist aber eine Behauptung, die in der That keine weitere Erörterung und Widerlegung verdient. Sei der Staat monarchisch oder republikanisch geordnet, soll er überhaupt geordnet sein, so wird mehr als eine Körperschaft zu den Gesetzen mitzuwirken haben. Darüber hat schon lange die Geschichte gerichtet, ja sie bricht über die entgegengesetzte Behauptung fortwährend den Nichtstab, wie im März v. J. über die absolute Monarchie, in welcher ein Herrscher allein Gesetze gab, oder wie eben jetzt in Frankreich, wo ein absoluter Convent sich krampfhaft abmüht, ein Volk von 35 Millionen zu regieren!

Der kurze zweite Abschnitt dieses Artikels birgt trotz seines geringen Umfanges die ganze Zukunft des Staates in sich. Sein Inhalt ist die constitutionelle Monarchie, und wenn auch nur ein Geringes davon abgenommen wird, so ergibt sich sofort die constitutionelle Republik; ist sie noch nicht sofort da, so ist doch der Flügel Schlag der Herannahenden schon hörbar, und ohne Mühe ihr leiser Schritt zu bemerken.

Wir werden uns daher etwas weiter mit diesen Worten:

„Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich“

zu beschäftigen haben. Sie wollen, daß die drei Träger der